

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Anfrage der Abgeordneten Jens Nacke und Martin Bäumer (CDU), eingegangen am 19.11.2014

Boykott der Endlagerkommission?

Die *Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ)* berichtet in ihrer Ausgabe vom 29.10.2014 in dem Artikel „Atomkraftgegner sagen Teilnahme an Endlagerkommission ab“ über die kurzfristige Absage von Atomkraftgegnern an der nächsten Sitzung der Endlagerkommission des Bundestags. Die Kommissionsmitglieder von Greenpeace, „ausgestrahlt“ und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg begründeten diesen Schritt mit dem fehlenden Vertrauen in die Kommission. Sie kritisierten vor allem, dass auch Vertreter der Energieversorgungsunternehmen E.ON und RWE in der Kommission stimmberechtigt seien. Laut *NOZ* seien sie nicht bereit, als „Statisten Bürgerbeteiligung für einen Prozess vorzugaukeln, dessen Ergebnis - trotz aller wohlmeinenden Anstrengungen von einzelnen in dieser Kommission - durch die falschen Rahmenbedingungen bereits vorgezeichnet ist“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Absage der Atomkraftgegner an der besagten Sitzung der Endlagerkommission?
2. Welche Auswirkungen hat diese Absage auf die weitere personelle Zusammensetzung der Kommission?
3. Welche Auswirkungen hat diese Absage auf die weitere inhaltliche und konzeptionelle Arbeit der Kommission?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Zusammensetzung der Kommission?
5. Ist es aus Sicht der Landesregierung richtig, dass auch die betroffenen Energieversorgungsunternehmen in der Kommission stimmberechtigt sind?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik, die in dem Absageschreiben geäußert worden war, wonach die Unterzeichner nicht bereit seien, als „Statisten Bürgerbeteiligung für einen Prozess vorzugaukeln, dessen Ergebnis - trotz aller wohlmeinenden Anstrengungen von einzelnen in dieser Kommission - durch die falschen Rahmenbedingungen bereits vorgezeichnet ist“?

(Ausgegeben am 26.11.2014)